



NORDSPITZE

DAS MAGAZIN DER NORDDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Norddeutsche Verlage testen Paywalls

„Das alles kann es
nicht für lau geben!“



BETRIEBSRÄTE

Wahlen stehen
vor der Tür

MEDIENANSTALT

Was die MA HSH
alles macht

WESER-KURIER

Der neue Mann für
Print und Digitales

IMPRESSUM

Die DJV NORDSPITZE
erscheint viermal im Jahr

HERAUSGEBER

DJV-Landesverbände
Bremen e.V., Regine Suling (Vorsitzende), Hamburg e.V., Marina Friedt (Vorsitzende), Schleswig-Holstein e.V., Arnold Petersen (Vorsitzender), V.i.S.d.P. sind die drei Landesvorsitzenden

VERLAG

HEY + HOFFMANN Verlag
GmbH & Co. KG
Gertrudenkirchhof 10
20095 Hamburg
Tel. 040/3742360-0
www.hey-hoffmann.de

REDAKTION

DJV, Rödingsmarkt 52,
20459 Hamburg
Tel. 040/3697 100
Leitung: Claudia Piuntek,
info@ideenwerker.com
Bremen: Florian Vollmers,
kontakt@florian-vollmers.de
Schleswig-Holstein:
Sabine Spatzek,
sabspatzek@aol.com

AUTOREN DER AUSGABE

Florian Büh
Stefan Endter (se)
Jörn Freyenhagen
Marina Friedt
Dagmar Gehm
Esther Geißlinger
Renata Green
Birgitta vom Lehn
Angela Ölscher
Arnold Petersen (pet)
Claudia Piuntek (cp)
Sabine Spatzek
Florian Vollmers

SCHLUSSREDAKTION

Renata Green
Sabine Spatzek

COVERFOTO

shutterstock.com

ART DIRECTION

KRAVCOV HEY HOFFMANN

ANZEIGEN

DJV Hamburg
Kirsten Stange
Telefon 040 - 36 97 100
stange@djv-hamburg.de

DRUCK

Compact Media KG
Ferdinandstraße 29-33
20095 Hamburg

BEZUG

Einzelheft 1,55 Euro.
Für Mitglieder ist der Heftpreis im
Mitgliedsbeitrag enthalten

ISSN 1863-5709

© DJV.
Alle Rechte vorbehalten.



Foto: Florian Büh/www.Gutes-Foto.de

06 Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo im Dialog mit seinen Lesern

■ AKTUELLES

04 Meine Meinung

Medienhäuser gehen Freien
immer mehr ans Geld

04 Madsack

Schleichende Tarifflicht
bei Lübecker Nachrichten

05 Hamburger Morgenpost

Sozialtarifvertrag ist
unter Dach und Fach

05 Drei Fragen an...

Monika Hyngar, Beauftragte
der Freien beim NDR

05 Exiljournalist

Morddrohung gegen
Hamburger Stiftungsgast

05 Funke

Ratio-Schutzabkommen
läuft im Sommer aus

06 Die Zeit

Verlagsgruppe setzt auf
Tradition und neue Ideen

07 Namen und Nachrichten

Neuigkeiten zu Jobwechseln,
Preisen und neuen Projekten

■ TITEL

08 Paywalls

Wie norddeutsche Medienhäuser
Nutzer an Bezahlinhalte gewöhnen

■ INTERN

11 Erich-Klabunde-Preis

Laudatio für Kristina Läscher
auf dem Hamburger Presseball

12 Neue Betriebsräte

Wahlen in Verlagen, Agenturen
und beim Privatfunk im Norden



Foto: Rainer Messmann

**Ab März stehen überall in Norddeutschland
Betriebsratswahlen an**

INTERVIEW

14 Medienanstalt

Lothar Hay und Marina Friedt über
Hate Speech und Medienkontrolle

SERVICE

17 Sprachwächterin

Wie Begriffe wie „Steuroase“
unser Denken beeinflussen

PORTRÄT

18 Marcel Auermann

Neuer Mann fürs Digitale
beim Weser-Kurier

DJV Hamburg

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir laden Sie herzlich ein zu unserer ordentlichen Mitgliederversammlung am

Dienstag, 18. April 2018, 19 Uhr, Madison Hotel – Raum Alster/Fleet, Schaarsteinweg 4, 20459 Hamburg

Bei dieser Versammlung werden wir Sie über die Situation der Hamburger Medien informieren und Ihnen die für dieses Jahr geplanten Veranstaltungen vorstellen. Außerdem stehen in diesem Frühjahr wieder Gremienwahlen an. Teilnehmen wird auch ein Vertreter des DJV-Bundesvorstands. Sollten Sie Anträge an die Mitgliederversammlung haben, so müssen diese Anträge 14 Tage vor der Versammlung schriftlich in der Geschäftsstelle eingehen. Damit Sie sich schon vor der Versammlung ein Bild machen können, senden wir Ihnen Anträge, Etat 2018 und Jahresabschluss 2017 terminnah auf Wunsch gern zu. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und schlagen folgende Tagesordnung vor:

TAGESORDNUNG

- TOP 1: Eröffnung/Begrüßung/Grußworte
- TOP 2: Wahl der Versammlungsleitung, Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3: Rechenschaftsberichte und Aussprache
- TOP 4: Entlastung des Vorstandes
- TOP 5: Wahlen: Vorstand, Beirat, Rechnungsprüfer und (Ersatz-) Delegierte zum DJV-Bundesverbandstag
- TOP 6: Anträge an die Mitgliederversammlung
 - 6.1. Satzungsändernde Anträge
 - 6.2. Sonstige Anträge
 - 6.3. Verabschiedung Etat 2018
- TOP 7: Hamburger Medienlandschaft und Veranstaltungen 2018
- TOP 8: Verschiedenes

Bitte bringen Sie einen gültigen Ausweis mit.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Marina Friedt
(1. Vorsitzende)

Stefan Endter
(Geschäftsführer)



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

bloß nicht Journalist werden: Zunächst wollte Horst Röper diese Warnung nicht wiederholen. Schließlich hätte ihm dieser Ratschlag viel Ärger eingebrockt, erklärte der Medienwissenschaftler auf dem DJV-Verbandstag im November. Vor Jahren war er mit den Sätzen zitiert worden: „Journalismus ist nicht mehr erstrebenswert. Ich rate allen, tut Euch diesen Beruf nicht an.“ In einer Diskussionsrunde bekräftigte Röper dann auch beim DJV-Treffen seine Einschätzung. Seine Sorge gilt vor allem den Zeitungen. Dort geht angesichts schwindender Auflagen und Anzeigen der Trend zu Zentral- oder Gemeinschaftsredaktionen. Für Röper eine Vernichtung von Vielfalt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Verlage dagegen verkaufen es als Chance. Weil die überregionalen Inhalte nicht mehr selbst erstellt werden, könnten sich die Blätter umso mehr auf das Regionale und Lokale konzentrieren.

Madsack, Funke und DuMont sind die prominenten Beispiele. Aber auch andernorts vollzieht sich dieser Wandel, bei dem es in Wahrheit um stramme Rationalisierung geht. So wurde jetzt nach Übernahme der Medienholding Nord (u.a. shz-Verlag in Flensburg) durch die NOZ Medien (u.a. Neue Osnabrücker Zeitung) eine gemeinsame Redaktion beider Häuser für alle überregionalen Inhalte gegründet. Schon bald haben wir es womöglich nur noch mit einigen wenigen Vollredaktionen in ganz Deutschland zu tun. Das bedeutet Stellenabbau, oft verbunden mit Tarifflicht. Dabei sollte auch den Verlagschefs dämmern: Zum Billigtarif und mit ungewissen Berufsaussichten ist talentierter Nachwuchs nicht zu finden. Deshalb fordert der DJV in der anstehenden Tarifrunde bei den Tageszeitungen neben 4,5 Prozent mehr Einkommen vor allem eine Erhöhung der Einstiegsgehälter um mindestens 200 Euro. Denn wir wollen weiter den Rat geben können: Tut Euch diesen Beruf an!

Mit kollegialen Grüßen

Arnold Petersen

Meine Meinung

Frei und ausgebeutet



Foto: privat

Arnold Petersen ist DJV-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein

Unter den Freien gibt es Kolleginnen und Kollegen, die erinnern sich noch gut daran: Ein fester Auftraggeber zahlte nicht nur Honorar, sondern als Beitrag zu den Grundkosten auch eine Büro-, Porto- und Telefonpauschale. Klingt heute wie eine Fantasy-Geschichte. Die Gegenwart ist brutal. In den Redaktionen regiert der Rotstift. Etats werden gekürzt, Honorare gedrückt. Die Zeitungsverleger haben sogar die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Gemeinsamen Vergütungsregeln gekündigt. Die markieren die Untergrenze für Honorare. Ohne Freie geht es zwar meist nicht, trotzdem sind sie die ersten, die bei Sparrunden gerupft werden. Dass Aufwendungen ersetzt werden, ist längst nicht mehr die Regel.

Zwei aktuelle Fälle, die den DJV beschäftigen: Der NDR setzt darauf, dass freie Mitarbeiter eigene Produktionstechnik einsetzen, die aber bitteschön den Sender-Anforderungen zu genügen hat. Das gilt etwa für Mobiltelefon und Netzanbieter beim Übertragen von Beiträgen. Die Kieler Nachrichten eröffneten ihren Freien, ab 2018 werde kein Kilometergeld mehr für Fahrten im dienstlichen Auftrag gezahlt. Das betrug ohnehin nur 18 Cent pro Kilometer. Die Segeberger Zeitung zog daraufhin nach. Nach Intervention des DJV hieß es zwar bei den KN, das Vorhaben werde noch mal geprüft. Ein Ergebnis wurde aber trotz Nachhakens nicht mitgeteilt. Der Vorgang zeigt: Die Freien stehen hinten an. Und den Letzten beißen bekanntlich die Hunde.

Wie prekär die Situation ist, das hat der DJV 2014 erneut mit einer Umfrage unter freien Journalisten dokumentiert. Das monatliche Durchschnittseinkommen lag damals bei 2180 Euro brutto, kaum mehr als bei der Vorgänger-Studie von 2008. Es dürfte heute nicht höher liegen, trotz Inflation und gestiegener Kosten. Ein Skandal, um den es viel zu still ist. Honorarklagen können helfen, auch die Politik sollte mehr für Selbständige tun. Aber ebenso müssen sich Freie fragen, ob es nicht besser ist, mal nein zu sagen und Dumping-Aufträge abzulehnen.

Arnold Petersen

Neueinstellungen bei Lübecker Nachrichten und Ostsee-Zeitung nur noch ohne Tarif

Länger arbeiten, weniger verdienen

Bei den Zeitungen des Madsack-Konzerns geht die schleichende Tariffucht weiter. Auch bei Lübecker Nachrichten (LN) und Ostsee-Zeitung (OZ) sollen Neueinstellungen künftig nur noch in tariflosen Tochterunternehmen erfolgen. Das kündigte die Geschäftsleitung den Betriebsräten beider Häuser an. Bei der OZ wird bereits so verfahren, bei den LN ist es erklärter Wille. Neueinstellungen gibt es derzeit gar nicht.

Wohin die Reise gehen soll, zeigen zwei Stellenausschreibungen für die OZ-Redaktion. Gefordert werden eine qualifizierte journalistische Ausbildung wie Studium oder Volontariat, sehr gute Allgemeinbildung sowie ausgeprägte multimediale Fähigkeiten. Geboten werden dafür eine Vergütung „leistungsgerecht nach freier Vereinbarung“ bei einer 40-Stunden-Woche. Im Klartext: Es soll länger gearbeitet und weniger bezahlt werden. Die Einstellung erfolgt bei der „Ostsee Information & Medien GmbH“ (OIM). Bei dieser Madsack-Tochter sind bei den LN neben Verwaltungskräften bereits ebenfalls zwei Redakteurstellen angesiedelt. Volontäre und Volontärinnen bekommen dagegen weiter einen LN-Vertrag und fallen damit unter den Tarif. Befürchtet werden offenbar Nachteile beim Wettbewerb um qualifizierte Berufsanfänger, wenn keine Tarif-Anstellung geboten wird. Die Tariffucht durch die Hintertür ist bei anderen Häusern der Madsack Mediengruppe, bei der die



Foto: Herbert Steinfort

Protest bei der Ostsee-Zeitung in Rostock

SPD-Medienbeteiligungsgesellschaft DDVG mit 23,1 Prozent größter Einzelgesellschafter ist, längst üblich. Beim Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), das allen Madsack-Titeln die überregionalen Inhalte liefert, werden etwa bei Neuanstellung am sogenannten Hot Desk dem Vernehmen nach 2700 Euro brutto gezahlt – wenn es nicht gelingt, mehr herauszuhandeln. Auch die Beschäftigten der Heimatzeitungen von Madsack wurden bereits vor Jahren in neue Gesellschaften mit OT-Verträgen ausgegliedert. Von durchschnittlichen Bruttogehältern von 3300 Euro inklusive Weihnachts- und Urlaubsgeld ist die Rede. Wie diese Einstellungspolitik zur „Offensive für Qualitätsjournalismus“ passt, die sich Madsack nach eigenen Angaben verordnet hat, bleibt das Geheimnis der Gruppe. Ein Beitrag zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber ist es auf jeden Fall nicht. **pet**

ByteFM wird 10 Jahre alt

Radio aus dem Medienbunker

Am 11. Januar 2008 ging ByteFM auf Sendung – seither hat der mit viel Idealismus und wenig Geld gegründete Hamburger Sender, der seinen Hörern rund um die Uhr moderiertes Muskradio ohne Computertrotation bietet, eine treue Hörerschaft. Der Weg zum Mikrofon ist kürzer als bei anderen Radiostationen, sagen die Macher, die schon zahlreichen Moderatorinnen und Moderatoren die Chance gegeben haben, vors Mikro zu treten. Heute halten rund 100 Ehrenamtliche ByteFM am Laufen; darunter viele Kulturschaffende, Musikerinnen und Musiker, aber auch Journalisten, die bei öffentlich-rechtlichen Sendern ihr Geld verdienen.

Finanziert wird der Sender, der schon den Grimme-Preis erhalten hat, durch einen Verein mit mehr als 5000 Mitgliedern. Im Hamburger Studio im Medienbunker am Heiligengeistfeld sowie im Berliner Partnerstudio sind häufig namhafte Bands wie Tangerine Dream sowie Künstlerinnen

und Künstler zu Gast. Gehört werden kann ByteFM per App am Smartphone, am Computer und auf einigen UKW-Strecken in Hamburg und Berlin. Am 13. Januar steht zum zehnten Geburtstag im Medienbunker eine große Jubiläumsparty mit Livebands und DJs an (Resonanzraum, ab 20 Uhr).

cp



Foto: Marius Maggaard

Das steht im Sozialtarifvertrag

Für die Beschäftigten der Hamburger Morgenpost, die ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, gibt es jetzt einen Sozialtarifvertrag. Im Oktober hatte die NORDSPITZE von den Vorstellungen des Verlages berichtet. Als die Pläne bekannt wurden, hatte der DJV Hamburg das Medienhaus gemeinsam mit Verdi aufgefordert, einen Sozialtarifvertrag abzuschließen. Nach intensiven Verhandlungen, die die Beschäftigten auch mit einem Warnstreik unterstützt hatten, unterzeichneten Gewerkschaften und Geschäftsleitung im Dezember einen Sozialtarifvertrag, der auf einen gleichzeitig gezeichneten Sozialplan und eine freiwilligen Betriebsvereinbarung aufsetzt. Eckpunkte sind eine Abfindung, bei der ein Faktor von einem Gehalt pro Beschäftigungsjahr erreicht werden kann. Dazu kommen Zuschläge für unterhaltsberechtigte

Kinder (3000 Euro pro Kind) und im Falle der Schwerbehinderung (5000 Euro).

Die Betroffenen erhalten Abfindungen und haben das Recht, für ein Jahr zu guten Konditionen in einer Transfergesellschaft für den Arbeitsmarkt qualifiziert zu werden. Neben Aufstockungszahlungen stellt der Verlag für jeden Mitarbeiter einen Qualifizierungszuschuss von 5000 Euro zur Verfügung. Erfreulich ist die Laufzeit des Sozialtarifvertrages. Er gilt nicht nur für die aktuelle Umstrukturierung, sondern kommt für alle betriebsbedingten Beendigungen bis zum 31.12.2018 zur Anwendung. Die DJV-Gremien stimmten dem Abschluss einstimmig zu. Die Morgenpost gehört zur Kölner Mediengruppe DuMont Schauberg.

Stefan Endter



Ein Warnstreik der Beschäftigten befeuerte die Verhandlungen

Foto: Stefan Endter

Mord-Posting aus der Ukraine Stiftungsgast bedroht

„Sie müssen sterben. Und zwar schneller als Sie glauben“, schreibt der ukrainische Offizier Leonid Maslov auf seiner Facebook-Seite. Die im November veröffentlichte Morddrohung des „Rechtsberaters“ und ehemaligen Angehörigen der Aufklärungseinheit der 92. Brigade der ukrainischen Armee gilt unter anderem einem Gast der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte: Der TV-Journalist Aleksei Bobrovnikov lebt seit einem Jahr in Hamburg. Im Verlauf einer Recherche an der Kriegsfront im Osten der Ukraine war er auf Verwicklungen der ukrainischen Eliteeinheit in Schmuggelgeschäfte mit russischen Militärs und Separatisten gestoßen. Nach dem gewaltsamen Tod mehrerer seiner Quellen erhielt der preisgekrönte Journalist Morddrohungen und musste fluchtartig sein Land verlassen. Seine Rechercheergebnisse gegen Mitglieder der 92. Brigade wurden nie ausgewertet, die Ermittlungen im Oktober sogar überraschend eingestellt. Die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte informierte die zuständigen Sicherheitsorgane der Hansestadt und forderte das EU-Partnerland Ukraine auf, Ermittlungen gegen Leonid Maslov einzuleiten.

cp

Unruhe bei Funke-Mitarbeitern Schutzabkommen läuft aus

Unruhe beim Hamburger Abendblatt und bei den Funke Frauen- und Programmzeitschriften (Bild der Frau, Hörzu, TV Digital). Die Geschäftsführer haben es abgelehnt, das im Juni auslaufende Ratio-Schutzabkommen zu verlängern. Sie wollen nicht einmal über eine Nachfolgeregelung verhandeln.

Gegen diese strikte Ablehnung protestierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Redaktionen, den übrigen Verlagsabteilungen und weiterer Hamburger Funke-Tochterunternehmen wie zum Beispiel dem Mediahafen. Mit einer Postkartenaktion machten Betroffene am 29. November vor dem Verlagshaus am Großen Burstah, in der Hamburger Innenstadt und in Wandsbek auf ihre Forderung aufmerksam.

Das Ratio-Schutzabkommen regelt Maßnahmen der Beschäftigungssicherung und der Qualifizierung ebenso wie Altersteilzeit und Abfindungsansprüche. Es stammt aus der Zeit, als das Abendblatt und die Frauen- und Programmzeitschriften zu Springer gehörten. Die Betriebsvereinbarung war 2013 im Zuge des Verkaufes an Funke übergegangen.

se

Drei Fragen an...

Monika Hyngar, Freien-Beauftragte im NDR.

Foto: NDR/Christian Spielmann



Viele Freie im NDR arbeiten limitiert mit Rahmenverträgen. Die zeitliche Obergrenze von 15 Jahren wurde abgeschafft. Gibt es noch strittige Punkte?

Wir haben derzeit 1122 freie Mitarbeiter mit Rahmenvertrag – 212 arbeiten bereits über 15 Jahre für den NDR. Als das neue Beschäftigungsmodell ins Leben gerufen wurde, waren es gerade eine Handvoll. Mein Eindruck ist, dass das Modell funktioniert. Jetzt entscheiden die Programmverantwortlichen in Absprache mit dem Intendanten, mit welchen freien Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern sie langfristig zusammenarbeiten wollen.

Der Bestandsschutz für ältere freie Mitarbeiter wird neu verhandelt. Was soll neu geregelt werden und wann ist mit einem Abschluss zu rechnen?

Der NDR verhandelt seit zwei Jahren darüber. Auch die Freien im Norden waren eingebunden und haben gute Ideen eingebracht. Der NDR möchte gerne mit älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammenarbeiten und wünscht sich eine gute und dauerhafte Lösung. Deshalb sind z. B. eine garantierte Mindestbeschäftigung und länger laufende Rahmenverträge im Gespräch. DJV und DOV (Anmerkung: Deutsche Orchestervereinigung) haben grundsätzliche Zustimmung signalisiert, Verdi hat derzeit noch Vorbehalte. Wir hoffen, dass es gelingt, diese auszuräumen und einen Abschluss zu erzielen.

Viele Freie klagen über zu niedrige Honorare beim NDR, z.B. im Vergleich zum WDR. Auch ärgern sich neue Mitarbeiter über nervige Fragebögen zu ihrem Status. Wann ist mit Verbesserungen zu rechnen?

Der NDR kann gesetzliche Vorgaben nicht ändern, die zur Abrechnung gebraucht werden. Da wir schon bei Abrechnungsfragen sind: Laut einer DJV-Umfrage verdient ein freiberuflicher Journalist 2440 Euro im Monat, die Journalistinnen sogar nur 1895 Euro (Anmerkung der Redaktion: 2180 Euro ist der Durchschnittswert für beide Geschlechter). Das Durchschnittshonorar freier Mitarbeiter/innen mit Rahmenvertrag im NDR liegt bei 4457 Euro. Der Honorarraum für Freie ist mit den Gewerkschaften abgestimmt. Tarifanpassungen, wie die zum 1. Oktober von 4,54 Prozent, sind das Ergebnis von Tarifverhandlungen.

Die Fragen stellte Jörn Freyenhagen.

Medien im Wandel

Die Zeit geht neue Wege – mit Erfolg

Junge Menschen starten mit einem Blick auf Zeitungen, Magazine und auf das Internet, den vorherige Generationen nicht kannten. Ist Print bald Geschichte? Die Zeit-Verlagsgruppe geht neue Wege und vertraut auf Bisherige.

Was die 1600 anwesenden Besucher im Oktober bei der Auftaktveranstaltung des Leserprogramms „Freunde der Zeit“ erlebten – im Programmheft später als „Der Tag der Zeit“ beschrieben – war Neuland. „Nach jahrelanger Lektüre kam einer unserer Leser, ein Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, zur Diagnose, die Zeit ist eine multiple Persönlichkeit im besten Sinne des Wortes“. Auf dem Uni-Campus konnten Interessierte hinter die Kulissen des Medienhauses schauen. Verschlissen scheint man nicht mehr zu sein. Wie lassen sich sonst Themen wie „Wie recherchiert man den IS?“ oder das Leserparlament erklären? Vielleicht so, dass man Erfolg hat. Die Zeit hat in der Krise an Auflage gewonnen. In einem Vorlesungsraum thematisierten Textchefin Anna von Münchhausen und Zeit Hamburg-Ressortleiter Kilian Trotier gemeinsam mit Iris Mainka, Chefin vom Dienst, Bildredakteurin Jutta Schein und Investiga-



Giovanni di Lorenzo im Leserparlament, wo er eine (noch) fixe Idee präsentiert: Ein neues Format für Die Zeit

tiv-Ressortleiter Holger Stark Probleme im Redaktionsalltag und Fehler, die vor dem Druck ausgebügelt wurden. So manche Überschrift – auch veröffentlichte – landete auf dem Seziertisch. Fotos wurden zerlegt, der strenge Wochenplan gezeigt. Erstaunen im Publikum ob dieser Transparenz. Der Text im Programmheft zeigt, Humor hat seinen festen Platz: „Wie gehen wir mit Sprache um? Darf ein Panda kacken, oder macht er

Schmutz? Erkennt man einen guten Text an der Anzahl der verwendeten Fremdwörter?“ Zum Medienhaus gehören 150 Veranstaltungen pro Jahr. 60.000 Menschen besuchen die Angebote jährlich. 2011 als verlagseigene Bildungsakademie ausgegründet, vermittelt die Zeit-Akademie in fast 30 Video-Seminaren Wissen. Über Zeit Shop und Zeit Editionen versucht der Verlag seit 2004, die Bibliotheken der Leser zu füllen. Aber auch Dekorationsartikel für das Wohnzimmer oder Kinderspielzeug werden hier verkauft. Seit dem neuen Jahrtausend lädt der Verlag Leser mit Zeit Reisen zum Erkunden weltweiter Ziele ein – Zeit-Redakteure begleiten die Exkursionen. Das neueste Projekt „Freunde der Zeit“ startete im Herbst 2017 und soll durch eigene Veranstaltungen vor allem Abonnenten einen Mehrwert bieten. Im April 2014 startete die Wochenzeitung einen Hamburg-Teil, seit November 2015 gibt es mit der „Elbvertiefung“ einen morgendlichen Newsletter mit Themen aus der Hansestadt. Erzählt man Mark Spörrle, Redakteur und stellvertretender Chef vom Dienst, man lese lange Texte lieber weiter gedruckt, entgegnet er: „Das geht auch digital und online.“

Florian Büh

Wir haben den Eindruck, Die Zeit versucht über das Thema Bildung zukunfts-sicher zu werden. Stimmt das?

Das stimmt. Um unseren Verlag sicherer zu machen und unabhängiger vom schwankenden Anzeigengeschäft, müssen wir in unseren Kompetenzfeldern – Bildung, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft oder Kultur – möglichst viel bewegen, auch neben der klassischen Publizistik. Beim Thema Bildung haben wir eine große redaktionelle Kompetenz, zusätzlich machen wir Angebote von der Studienorientierung bis hin zur Weiterbildung, wie den Studienführer, den Studium-Interessentest oder das Programm der Zeit-Akademie. Ein anderes Beispiel ist das Thema Gesundheit: Mit den redaktionellen Angeboten „Zeit Gesundheit“ und „Zeit Doctor“ gewinnen wir neue Anzeigen, bieten inzwischen aber auch zwei Konferenzen und zusätzliche Veranstaltungen an.

In allen Bereichen binden Sie den Journalismus augenscheinlich intensiv ein. So werden Reisen nicht nur wie ein klassisches Verlags-Reisebüro angeboten. Bei



E-Mail-Interview mit Rainer Esser, Geschäftsführer der Zeit-Verlagsgruppe

Ihnen fahren die Redakteure gleich mit. Warum ist dies der richtige Weg?

Innovationen entstehen durch unsere Mitarbeiter, oft dadurch, dass sie gemeinsam Ideen entwickeln und dann einfach umsetzen. Deswegen leben alle unsere Aktivitäten von den Menschen, die hier arbeiten, und sind eng mit ihnen verknüpft. Auf diese Weise ist auch Zeit Reisen entstanden: Im Jahr 2000 hatte Reisedirektor Bernd Loppow die Idee, Leser auf eine Afrika-Reise mitzunehmen.

Damit legte er den Grundstein unseres ersten Nebengeschäfts.

Glauben Sie, dass eine Ausweitung des Journalismus auf nicht-journalistische Felder, wie ihn andere Verlagshäuser teilweise gehen, eine Zukunft hat?

Unsere journalistischen Inhalte sind unser absolutes Kerngeschäft und das Herz unserer Marke. Diese Marke wird immer der Dreh- und Angelpunkt all unserer Ideen und Aktivitäten sein. Für uns sind die Nebengeschäfte Beiboote, um das Mutterschiff abzusichern. Sie müssen deshalb ganz nah an der Marke sein. Unsere Journalisten wirken dabei immer mit, wenn es um Inhalte geht, für die die Zeit

steht, auch außerhalb der gedruckten oder digitalen Zeit oder von Zeit Online.

Wie viel probieren Sie aus und werfen wieder? Wie viele Mitarbeiter sind allein an diesen Prozessen beteiligt? Suchen Sie derzeit Mitarbeiter?

Unser Haus hat aktuell 750 Mitarbeiter. Vor 15 Jahren waren es noch 300. Sehr viele davon arbeiten gemeinsam an neuen Entwicklungen. Wir sind immer auf der Suche nach neuen, talentierten Mitarbeitern.

Was wird sich an der klassischen Zeit ändern? Neues Layout, neue Ressorts und Rubriken, neue Köpfe? Neues Format? Wieso haben Sie Leser, die all diese Ideen gerne mitmachen? Wir konnten beim Leserbeirat erfahren, wie sehr sich die Menschen auf Ihre Ideen freuen und sich beteiligen. War das abzusehen?

Zeit-Leser sind innovationsoffen und vertrauen ihrer Redaktion sehr. Die Frage, wie wir die Beziehung zu ihnen intensivieren können, ist von größter Bedeutung. Uns interessiert deshalb auch, welche Wünsche die Leser an Die Zeit haben. Dazu hat Giovanni di Lorenzo im Leserparlament auch die Abonnenten direkt befragt, unter anderem, ob sie für eine Formatveränderung wären. Wir sind noch in einer frühen Testphase, es ist nichts entschieden.

Die Fragen stellte Florian Büh.

Namen und Nachrichten



Foto: privat

Hartmut Schulz (65), langjähriger Schleswig-Holstein-Korrespondent der Nachrichtenagentur Evangelischer Pressedienst (epd), ist in den Ruhestand getreten. 35 Jahre lang war er für den epd-Landesdienst Nord in Kiel aktiv und dort auch Mitglied der Landespressekonferenz. Nachfolgerin ist Nadine Heggen (39).



Foto: Dirbach

Soenke Schierer (32), zuletzt Online-Redakteur beim A. Beig-Verlag und davor Volontär bei der DVV Media Group in Hamburg, ist beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag als Redakteur Ambient News im Bereich Forschung und Entwicklung eingestiegen.



Foto: Wümmme-Zeitung

André Fesser (43) hat zum 1. Januar die Redaktionsleitung der Wümmme-Zeitung übernommen. Fesser kommt von der Bremer Lokalredaktion des Weser-Kurier, deren stellvertretender Leiter er vier Jahre lang war. Er ist seit 1999 für die Mediengruppe tätig, stammt aus Lüchow im Wendland und hat Politikwissenschaften an der Universität Bremen studiert.



Foto: privat

Marion Hahnfeldt hat erneut ein journalistisches Drei-Monats-Projekt verwirklicht: Auf den Spuren der deutschen Siedler bereiste die freie Autorin aus Lübeck den Mittleren Westen der USA. Zuvor war sie für zwölf Wochen Hallig-Schreiberin auf Hooge, umrundete in drei Monaten die USA und war Gastautorin bei einer Tageszeitung in Amsterdam. Berichte, Reportagen, Interviews und Fotos der gelernten Tageszeitungsredakteurin, die nach 25 Jahren Festanstellung 2016 auf eigenen Wunsch in die Freiberuflichkeit wechselte, erschienen u.a. in den Lübecker Nachrichten, der Welt am Sonntag und im America Journal.



Foto: privat

Frido Essen (45) hat für die Radio Bremen-Produktion „(Alb-)Traumjob Pilot“ den Willi-Bleicher-Preis 2017 in der Kategorie Fernsehen für herausragende Berichterstattung aus der Arbeitswelt erhalten. „Hervorragend recherchiert, mit überraschenden Fakten und vielen Beispielen aus der Perspektive der betroffenen Beschäftigten“, so die Jury.



Foto: C. H. Beck Verlag

Der Journalist, Filmemacher und Romancier **Hasan Cobanli (65)** hat ein Buch zum Absturz der Türkei und den Folgen auch für Deutschland geschrieben: In „Erdoğanistan“ beschreibt der Autor mit deutsch-türkischen Wurzeln, wie die moderne Türkei sich gewandelt hat und was der „neue Sultan“ Erdoğan auch in Deutschland anrichtet (C.H. Beck, 14,95 Euro).



Foto: Radio Bremen

Der Radio Bremen-Reporter **Christian Schwalb (52)** ist für seine Beitragsserie „Problem oder Potenzial? Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt“ mit dem Ernst-Schneider-Preis ausgezeichnet worden. „Der Autor vermittelt in der Wochenserie tiefe Einblicke in US-amerikanische Integrationskonzepte von Migranten“, begründete die Jury.



Foto: Auto Bild/R. Timm

Claudius Maintz (44) ist seit 1. Dezember 2017 Chefreporter von Autobild. Der Investigativ-Spezialist kam 2005 zur Automobil-Zeitschrift, war zuvor stellvertretender Ressortleiter und Autor. Seine Schwerpunkte sind Berichte über Kfz-Kriminalität und Verkehrssicherheit.



Foto: Himmelmreich Fotografie

Susanne Schäfer (33) ist im September als Redakteurin bei Markus Lanz/Mhoch2 eingestiegen. Die Journalistin, die jahrelang als freie Realisatorin und Autorin u.a. für den NDR Niedersachsen gearbeitet hat, war zuvor leitende Redakteurin in der Doku- und Reportage-Abteilung der Fernsehmacher.



Foto: E. Büßler/www.Gutes-Foto.de

Christoph Zeuch (40), zuletzt Leiter PR und Sprecher beim Hosting-Spezialisten Strato in Berlin sowie Gründer der lokalen Webzeitung Altona Info, ist nun Leiter Kommunikation bei Capatico und wieder in Hamburg. Das Unternehmen ist auf Vertrieb und Kommunikation für Investmentfonds spezialisiert. Für Altona Info gibt es bis heute keinen Nachfolger oder Pläne für einen Relaunch.



Foto: privat

Anne Reis (46) ist nach zwei Jahren als freie Journalistin seit November als Redakteurin bei der Monatszeitschrift Wunderwelt Wissen tätig. Das Magazin mit regelmäßigem Galileo-Sonderteil wird im Auftrag von Gruner+Jahr bei Territory produziert.



Foto: privat

Rüdiger Fröhlich (49), 17 Jahre lang Chef vom Dienst bei T-Online, hat mit Daniel Skroch die Medienagentur Früherwisser Media gegründet, die unter dem Motto „PR trifft Journalismus“ ein neuartiges Konzept für Krankenhaus-Magazine für Patienten und Mitarbeiter anbietet.



Foto: NDR

Ulrike Dotzer, Leiterin der Abteilung Arte im NDR, wurde im November 2017 in den Vorstand von ProQuote gewählt. Die von Journalistinnen gegründete Gleichstellungsinitiative will 2018 ihr Gender Monitoring auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausweiten.



Foto: CNN Money Switzerland

Andreas Hohn (45), in den letzten drei Jahren für AWP Finanznachrichten in Zürich tätig und zuvor Journalist bei Ringier Axel Springer Schweiz, arbeitet seit Oktober als festangestellter Videojournalist für den neuen englischsprachigen Fernsehsender CNN Money Switzerland. Hohn studierte Journalismus in Hamburg.



Foto: privat

Anna Brüning (29) bietet seit Oktober als Freelancerin die textliche Umsetzung von nativen Werbeformaten, Content Marketing sowie SEO-Texte und Konzepte an. Außerdem schreibt die ehemalige Crossmedia-Redakteurin bei Gruner+Jahr eMS für diverse klassische Medien.

Ich bin Mitglied im DJV, weil...



Foto: Annika Dritchel

man gemeinsam mehr erreicht als allein.

Tanja Krämer (39), Mitgründerin von RiffReporter, Genossenschaft für freien Journalismus

Nachruf Volker Bredenberg



Foto: Cécile Douin

2016 für 60 Jahre DJV-Mitgliedschaft geehrt, verstarb Volker Bredenberg am 27. November mit 83 Jahren. Der Vollblutjournalist, der fast 30 Jahre (1961 bis 1987) als Mopo-Reporter arbeitete, war in dritter Ehe mit der französischen Schriftstellerin Cécile Douin verheiratet. Ihretwegen lebte er 15 Jahre in Spanien, wo er die deutschsprachige Zeitung „Costa Blanca Nachrichten“ aufmöbelte. Im Rentenalter kehrte Bredenberg nach Deutschland zurück und lebte zuletzt in Buxtehude.



Foto: shutterstock.com

Norddeutsche Medienhäuser experimentieren mit Bezahlmodellen im Internet

„Es ist grundfalsch, journalistische Arbeit im Netz zu verschenken“

Kann die Entscheidung der Zeitungsverlage, in Zeiten der frühen Internet-Euphorie journalistische Leistungen kostenfrei online gestellt zu haben, durch die spätere Einführung von Bezahlschranken erfolgreich korrigiert werden? Seit 2013 arbeiten viele norddeutsche Herausgeber intensiv an der Etablierung von Paywalls und probieren dabei verschiedene Modelle aus. Nach einer ersten Phase der Experimente ziehen sie auf Anfrage der NORDSPITZE alle eine ähnliche Bilanz: Die Gewöhnung der Nutzer an bezahlte Inhalte gelingt – doch die Entwicklung verläuft äußerst zäh. Die Zeit der Findung ist offenbar noch nicht vorbei.

So haben die zur Madsack-Gruppe gehörenden Lübecker Nachrichten seit April 2013 eine Paywall, die den Großteil ihrer Artikel dauerhaft hinter eine Bezahlschranke setzt. Nach einem kurzen Einbruch hätten sich die Nutzerzahlen stabilisiert und steigen seitdem, teilt LN-Chefredakteur Gerald Goetsch mit. „Die Bereitschaft, für Inhalte zu bezahlen, wächst allerdings sehr langsam“, lautet sein Fazit. Im Verbund der Verlage der Madsack Medien-gruppe arbeite man deshalb an einer neuen Digital-Strategie für alle Portale. Die Lübecker Nachrichten setzen dabei auf Exklusivität: „Zur Zeit sind alle Inhalte kostenpflichtig, die nicht an anderer Stelle kostenlos angeboten werden“, berichtet Chefredakteur Goetsch. Dass die öffentlich-rechtlichen Sender ein umfangreiches Umsonst-Angebot im Netz haben, setze insbesondere Tageszeitungen massiv unter Druck. „Eine Refinanzierung unserer journalistischen Arbeit im Lokalen und Regionalen ist nicht möglich, wenn ähnliche Inhalte parallel gebührenfinanziert und für die Nutzer kostenfrei angeboten werden.“ Angesichts der Paywall registrierten die Lübecker Nachrichten ein „erfreulich hohes Interesse“ an ihrem Angebot. „Besonders ausgeprägt ist dies bei spektakulären Ereignissen, Extremwetterlagen und großen lokalen Nachrichten“, berichtet Gerald Goetsch. Die Reichweite lässt sich digital allemal steigern: „Mit unseren über Facebook live gestreamten Talk-Runden zur Lübecker Bürgermeisterwahl erreichten wir jeweils mehrere Zehntausend Nutzer.“

Angesichts der harten Paywall registrieren wir ein erfreulich hohes Interesse an unserem Produkt.



Gerald Goetsch,
Chefredakteur der
Lübecker Nachrichten

Foto: Lübecker Nachrichten

Wir sind mit der aktuell positiven Entwicklung unserer Klickzahlen zufrieden.



Christian Longardt,
Chefredakteur der
Kieler Nachrichten

Foto: Kieler Nachrichten/Ulf Dahl

Die Kieler Nachrichten, an denen Madsack ebenfalls beteiligt ist, haben nach Angaben von Chefredakteur Christian Longardt seit 2015 ein sogenanntes Metered Model: „20 Artikel sind dabei frei, vom 21. an wird der User zur Kasse gebeten.“ Longardt weiter: „Die Bereitschaft, für lokalen Journalismus im Internet zu bezahlen, war und ist sehr überschaubar. Wir halten es dennoch weiterhin für grundfalsch, journalistische Arbeit im Netz zu verschenken.“ Dass es Mitbewerber gebe, die diesen Weg gegangen sind, ändere nichts an der Überzeugung, dass die Arbeit der Redaktion einen Preis haben müsse. Konkrete Zahlen möchte Longardt nicht nennen.

„Wir sind mehr denn je gezwungen, möglichst viele exklusive Stücke, eigene Hintergründe und besondere Formate zu generieren, um das Preisschild zu rechtfertigen“, blickt der KN-Chefredakteur in die Zukunft. Dies gelte online ebenso wie in der gedruckten Zeitung. „Wir sind mit der aktuell positiven Entwicklung unserer Klickzahlen auf KN Online zufrieden. Was die E-Paper-Auflage angeht, gehören wir zu den besonders erfolgreichen Regionalverlagen.“

Erst im vergangenen März ist Zeit Online mit einem ausgeklügelten Bezahlmodell an den Start gegangen: Bereits vor dem Erscheinungstag der Print-Ausgabe landen alle Inhalte mittwochabends auf der Website. Die Top-Geschichten sind nur den bisherigen und neuen Abonnenten des Digitalpakets vorbehalten. Kurze Teaser halten die Reichweite hoch – dann

folgt die Abo-Aufforderung. Bisher führt die Zeit laut einem Bericht des Medienmagazins Horizont rund 55.000 Kunden des Digitalpakets, je zur Hälfte Print-Abonnenten, die gegen Aufpreis auch alle Digitalversionen nutzen können, und reine Digitalleser, die gegen einen Preisabschlag nur auf Apps und E-Paper Zugriff haben.

Alle anderen Inhalte aus sämtlichen vergangenen Ausgaben sind auf Zeit Online registrierungspflichtig. Wer diese Inhalte lesen will, muss sich per E-Mail-Adresse anmelden und bereiterklären, dass Portalnutzungsdaten erhoben werden. Nur eine bestimmte Anzahl von Texten pro Woche soll frei zu lesen sein. „Wir werden viel ausprobieren, Rückschläge erleben, lernen und nachjustieren“, sagt Zeit-Manager Christian Röpke im Gespräch mit Horizont. Grundsätzlich wolle man eher freigiebig beginnen und später bei Erfolg die Schranken restriktiver setzen.

Bei der Bergedorfer Zeitung in Hamburg hat man gute Erfahrungen mit dem Verfahren des LaterPay gesammelt: LaterPay funktioniert wie ein digitaler Bierdeckel, wobei die bepreisten Artikel sofort gelesen werden können. Erst wenn man so viele Artikel gelesen hat, dass ein bestimmter Betrag zusammengekommen ist, wird der User aufgefordert, sich einmalig zu registrieren und die Gesamtsumme zu bezahlen. „LaterPay ließ sich technisch unaufwendig integrieren“, berichtet Wolfgang Rath, Redaktionsleiter der Bergedorfer Zeitung. „Dass die Möglichkeit, einzelne Artikel zu kaufen, sehr gut angenommen wird, zeigen die 490 Einzelartikel, die im Durchschnitt pro Woche über das LaterPay-Bierdeckelprinzip gekauft werden.“

Die Einführung von LaterPay als Bezahlungssystem hat sich aus unserer Sicht sehr bewährt.



Wolfgang Rath,
Redaktionsleiter der
Bergedorfer Zeitung

Foto: Bergedorfer Zeitung/Neff

Nach der Einführung der Bezahlschranke hat sich die Zahl der Page Impressions bei der Bergedorfer Zeitung auf etwa die Hälfte reduziert. Zugleich ging die Zahl der Besucher nur gering zurück. „Aktuell zählen wir rund 320.000 Page Impressions und 190.000 Visits“, berichtet Redaktionsleiter Rath. „Erfreulich bei dieser Entwicklung ist, dass die Nutzer seit Einführung der Bezahlschranke länger auf der Seite verweilen.“ Kritik an der Bezahlschranke wurde besonders in der Anfangszeit in sozialen Netzwerken geäußert. „Es gab aber von Beginn an auch Kommentare, die uns zustimmten, dass Redakteure für ihre Arbeit bezahlt werden müssen“, sagt Wolfgang Rath. „Auch die Absätze haben gezeigt, dass unser Angebot gut angenommen wird. Sie konnten wir in den ersten fünf Monaten um 42 Prozent steigern.“

Beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (shz) steht die digitale Zukunft gerade ganz oben auf der Agenda: In Hamburg ist eine redaktionelle Forschungs- und Entwicklungseinheit im Aufbau, die für die gesamte Unternehmensgruppe aus Neue Osnabrücker Zeitung und Medien-

Foto: shz/Michael Staudt

In Zukunft brauchen wir adäquate digitale Angebote, die aus Nutzersicht und nicht aus Redaktionssicht wertvoll sind.



Joachim Dreykluft,
Online-Chefredakteur beim
Schleswig-Holsteinischen
Zeitungsverlag

holding Nord die Frage klären soll: Wie wird ein unabhängiger, nicht subventionierter digitaler Journalismus in Zukunft aussehen? „Hierfür wenden wir erhebliche Investitionsmittel auf“, berichtet shz-Online-Chefredakteur Joachim Dreykluft. Schon jetzt sei der shz „einer der erfolgreichsten Regionalverlage Deutschlands mit digitalen Bezahlhalten“, so Dreykluft: „Die digitale Zeitung als E-Paper oder App hat eine mittlere fünfstellige zahlende Abonnentenschaft. Hier erwirtschaften wir jährlich einen hohen siebenstelligen Umsatz.“ Bezahlschranken für digitale Angebote, die keine Derivate der Tageszeitung sind, gebe es derzeit aber weder für die Website shz.de noch für die Nachrichten-App. Beim shz sehe man „auch nach jahrelanger intensiver Marktbeobachtung kein Modell, das den technischen und organisatorischen Aufwand durch entsprechende Markterfolge rechtfertigt“, erklärt Online-Chefredakteur Dreykluft diese Strategie. „Es ist der Branche insgesamt noch nicht gelungen, originär digitale Angebote zu schaffen, die beim Leser dazu führen, dass er ein einzelnes Angebot vermissen würde, wenn es nicht mehr vorhanden wäre. Nur das erzeugt aus meiner Sicht Zahlungsbereitschaft.“ Der shz plane aber konkret eine Pflicht zur Registrierung für ausgewählte Artikel. Dadurch wolle man auf dem Weg zu einem funktionierenden Bezahlmodell den Leser „besser kennenlernen“. „Das halten wir für zwingend, um adäquate digitale Angebote machen zu können, die aus Nutzersicht und nicht aus Redaktionssicht wertvoll sind.“

Marcel Auermann, Head of Digital der Weser-Kurier Mediengruppe, ist sich sicher: „Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Gratismentalität ein Ende haben wird.“ Wie bei allen Verlagen in Deutschland habe man beim Weser-Kurier zwar den Stein der Weisen noch nicht gefunden. „Aber wir arbeiten kontinuierlich an neuen Erlösmodellen und kommen damit gut voran.“ Bei den E-Paper-Abos spiele der Weser-Kurier bundesweit an der Spitze mit, berichtet Auermann. „Aber auf Dauer kann es nicht bei einer 1:1-Abbildung der gedruckten Zeitung bleiben.“ Beim Weser-Kurier entwickle man das Portfolio stetig weiter, gerade auch im Bereich Special Interest: Das aktuelle Leuchtturmprojekt des Verlags ist die Mein-Werder-App, die eine Plattform für alle Werder-Inhalte ist, ob sie nun vom Weser-Kurier oder von anderen Quellen kommen. „Hier leben wir den Gedanken von Online First, der in allen Ressorts und im ganzen Haus von Tag zu Tag immer mehr Raum gewinnt“, sagt Auermann. „Online ist für uns der erste Ausspielkanal.“

Für den Head of Digital ist die Entwicklung neuer Online-Angebote und Bezahlmodelle eine Frage des Prinzips: „Informationen und Nachrichten besitzen einen Wert. Ausbildung, Kenntnisse und Fachwissen sind im Journalismus unerlässlich.“ Schließlich käme ja auch niemand auf die Idee, ein Auto oder Brötchen gratis bekommen zu wollen. „Allein, wenn ich an unsere aufwendigen Multimedia-Reportagen, an unsere Kommentare, Analysen und Hintergründe denke – das sind hochwertige Inhalte, die es nur bei uns gibt“, sagt Auermann. „Das alles kann es nicht für lau geben, sondern muss durch vielfältige Bezahlmodelle finanziert werden.“

Sabine Spatzek, Claudia Piuntek,
Florian Vollmers

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Gratismentalität ein Ende haben wird.



Marcel Auermann,
Head of Digital der Weser-Kurier
Mediengruppe

Foto: Sebastian Kropp

Paid Content:

Diese Angebote gibt es

Immer mehr norddeutsche Zeitungen setzen auf Bezahlschranken oder andere Einnahmequellen im Internet. Es gibt harte **Bezahlschranken/Paywalls**, bei denen das Online-Angebot der Zeitung nur für zahlende Abonnenten zugänglich ist. **Freemium** steht für ein Gratis-Basisprodukt mit kostenpflichtigen Erweiterungen: Einige Inhalte sind frei verfügbar, bei exklusiven Inhalten bittet der Verlag zur Kasse. Das **Metered Model** macht dem digitalen Zeitungsleser eine begrenzte Zahl von Inhalten kostenlos zugänglich. Nachdem der Nutzer sein Kontingent ausgeschöpft hat, kann er sich kostenfrei registrieren, um auf ein weiteres Freikontingent an Inhalten zugreifen zu können. Erst wenn der Leser auch das Freikontingent aufgebraucht hat, wird er zum kostenpflichtigen Abonnement aufgefordert. **Laterpay**, auch als digitaler Bierdeckel bekannt, wo einzelne Artikel gekauft und ab einer Summe von fünf Euro bezahlt werden, und **Plenigo**, wo der Verkauf einzelner Artikel, aber auch Bezahlangebote mit Tages- und Wochen-Abos möglich sind, sind Bezahlmodelle. Beim **Spenden-Modell** entscheidet der User selbst, ob und in welcher Höhe er für digital abrufbare Inhalte bezahlen will. cp

Die Gewinnerin ist Kristina Läscher



Foto: Robert Haas

Kristina Läscher, Preisträgerin 2018

Schon der Titel von Kristina Läschers Reportage über die Hamburger Reeder lässt erahnen, dass hier eine steife Brise weht: „Vaterlandslose Gesellen“. Für dieses Stück mit einem ganz besonderen Hamburg-Bezug erhält die Stern-Autorin den Erich-Klabunde-Preis 2018, ausgelobt vom DJV Hamburg.

Einst waren die Reeder die Stützen und der Stolz der Hamburger Gesellschaft – rund ein Drittel aller deutschen Reedereien haben ihren Sitz in der Hansestadt. Dann trieben viele Eigner ihre Firmen in den Ruin, der drohte, die Stadtfinanzen mit in den

Sog zu ziehen. Hamburg ist – gemeinsam mit Schleswig-Holstein – gezwungen, die landeseigene HSH Nordbank vorm Kentern zu bewahren; sie hatte viel zu viele Schiffe finanziert. All hands on deck: Müsste das Bankhaus nun geschlossen werden, hafteten für die Schulden schlussendlich die Bürger – jeder einzelne mit mehr als 4400 Euro. Doch während einer Reederei 547 Millionen Euro erlassen werden, gibt deren Eigentümer sein davon nicht betroffenes Privatvermögen für schönere Dinge aus – zum Beispiel eine Luxusyacht für knapp 9 Millionen Euro. „Der Typus des ehrbaren Kaufmanns ist selten geworden“, konstatiert einer seiner Kollegen.

Die Jury freute sich besonders darüber, in diesem Jahr ein Wirtschaftsthema mit sozialem Schwerpunkt auszeichnen zu können; und eine Geschichte mit viel Systemkritik: Es geht um wirtschaftliche Verflechtungen und politischen Filz, um wenig Verantwortung und viel Betroffenheit. Am 27. Januar wird der Moderator und Autor Hans-Jürgen Börner auf dem 69. Hamburger Presseball die Laudatio halten, bevor die Auszeichnung von der DJV-Vorsitzenden Marina Friedt als feierlicher Höhepunkt im Hotel Atlantic Kempinski überreicht wird.

Renata Green



Mentoring-Programm des DJV Hamburg Jetzt bewerben!

Noch bis zum 28. Februar können sich Interessierte für den siebten Durchgang des Mentoring-Programms des DJV Hamburg bewerben. Es bringt weiterhin unter der Schirmherrschaft der Fernsehjournalistin Julia Westlake Tandems aus Mentees und Mentoren zusammen, die ein Jahr lang regelmäßig, vertrauensvolle Austausch zwischen den Mentees, die sich beruflich umorientieren oder neu fokussieren möchten oder müssen, und erfahrenen Mentorinnen und Mentoren im Vordergrund. Weitere Infos finden Sie unter <http://bit.ly/DJV-Mentoring>. Die Mitglieder der AG Mentoring stellen die Tandems auf Grundlage der eingesandten Bewerbungsunterlagen und eines persönlichen Gesprächs zusammen, das Anfang März stattfindet. Das Auftakttreffen ist am 27. April; das wird dann gleichzeitig auch der Abschied des laufenden Jahrgangs.

Renata Green

Foto: Florian Büh/www.Gutes-Foto.de



4,0 % in 2018

Wieder vorne in der Verzinsung!

Mehr Rente mit der Presse-Perspektive
www.presse-versorgung.de/pp



Presse-Versorgung

Beratung: 0711 2056-244
info@presse-versorgung.de

Betriebsratswahlen 2018

Aktiv für mehr Mitbestimmung

Die Betriebsratswahlen 2018 stehen vor der Tür. Zwischen März und Mai wählen die Beschäftigten in norddeutschen Verlagen, Agenturen und im privaten Rundfunk neue Betriebsräte. Als Wahltermin hat der DJV den 13. März festgelegt, es kann aber auch an einem anderen Tag gewählt werden – der jeweilige Wahlvorstand entscheidet. Wichtig: Bis zum 29. Januar muss das Wahlausschreiben ausgehängt werden. Betriebsräte haben zahlreiche Rechte, sie sind unter anderem vor einer Kündigung weitgehend geschützt.

Seitdem Kai Dordowsky (56), Lokalredakteur bei den Lübecker Nachrichten, vor vier Jahren erstmals in den Betriebsrat gewählt wurde, hat er tiefgreifende Einschnitte im Verlag erlebt. „Durch die Teilabwicklung der Regionalzeitung war ich von Anfang an daran beteiligt, Kündigungen abzuwenden und Sozialpläne sowie Altersteilzeitverträge zu verhandeln.“ Wenn es für Dordowsky auch frustrierend war, Kolleginnen und Kollegen zu verlieren, überwiegen für ihn die Vorteile der Betriebsratsarbeit: „Ich habe festgestellt, dass man als Interessensvertreter etwas bewirken und auch gestalten kann.“

Betriebsräte haben Mitspracherechte bei den Arbeitszeiten und bei Social Media. Sie können Vorschläge zur Frauenförderung und zur Beschäftigungssicherung machen. Zudem gibt es ein gesetzlich verankertes Recht auf Information: Der Arbeitgeber muss den Betriebsrat über

alle Bereiche informieren, in denen Interessen von Beschäftigten berührt werden. Dazu zählen Beschäftigungsverhältnisse mit Leiharbeitnehmern und Pauschalisten, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Integration von Ausländern sowie Umweltschutzmaßnahmen.

Neben Informationsansprüchen gilt das Recht auf Mitbestimmung. Gewählte Interessensvertreter sind an der Gestaltung von Arbeitszeiten und der Urlaubsplanung beteiligt. So haben Betriebsräte die Möglichkeit, durch die Festschreibung flexibler Arbeitszeiten die Situation von Müttern und Vätern in Verlagen, Agenturen oder bei Sendern zu verbessern. Schließlich haben Betriebsräte Mitbestimmungsrechte bei Weiterbildungsmaßnahmen und überwachen die Lohngestaltung – von der korrekten Anwendung von Tarifverträgen und der Verteilung übertariflicher Zulagen bis zur richtigen Einstufung jedes Beschäftigten.



Kai Dordowsky,
Betriebsrat bei den
Lübecker Nachrichten

Foto: Wolfgang Maxwitat/LN

Bei Autobild wird bereits am 1. März ein neuer Betriebsrat gewählt. Am 13. März, dem offiziellen Termin, „haben wir Schulferien in Hamburg“, sagt der Betriebsratsvorsitzende Stefan Szych (52). „Wir haben die Wahlen deshalb vorgezogen.“ Szych hat sich nach der Ausgliederung der Zeitschrift aus dem Springer Verlag im Jahr 2016 zur Gründung eines Betriebsrats entschlossen und ist seit November 2016 Vorsitzender des



Stefan Szych,
Betriebsratsvorsitzender
bei Autobild

Foto: privat

siebenköpfigen Gremiums. Für ihn war es selbstverständlich, wieder zu kandidieren, obwohl nicht sicher ist, ob alle Kollegen bei der Doppelbelastung in Redaktion und Betriebsratsbüro noch einmal antreten werden. Szych: „Ich fange gerade an durchzublicken.“ Für den Absolventen der Springer-Journalistenschule wäre es „verschwendete Lebenszeit“, das in den vergangenen Jahren erworbene Betriebsratswissen jetzt nicht mehr zu nutzen, um die Arbeitsbedingungen bei Autobild zu verbessern.

Das sieht sein Lübecker Kollege Dordowsky ähnlich. Auch er hat großen Aufwand betrieben, sich in die Grundlagen der Betriebsratsarbeit einzuarbeiten. Jetzt nicht anzutreten, zumal in so schwierigen Zeiten, hätte etwas von „Perlen vor die Säue werfen“. Betriebsräte sollten sich zwar immer, wenn es im Verlag brennt, juristisch beraten lassen, denn der Betrieb ist verpflichtet, die Kosten für den Rechtsbeistand zu tragen. Aber für das tägliche Geschäft im Betriebsrat hat sich der Redakteur seit 2014 einiges an Fachwissen angeeignet, das er auch in Zukunft für seine Kolleginnen und Kollegen nutzen möchte. Außerdem denkt Dordowsky gern an einen Erfolg zurück, als es dem Betriebsrat gemeinsam mit den Gewerkschaften gelang, „ein Schweigekartell zu durchbrechen“ und in der Öffentlichkeit – auch bei Politikern und Wirtschaftsbossen – auf die Situation bei den Lübecker Nachrichten aufmerksam zu machen: „Bei Verlagen ist es ja leider meist so, dass sie über Missstände im eigenen Haus nicht schreiben.“



Foto: Rainer Weismann

Damit sich Betriebsräte ohne Angst um ihren Arbeitsplatz für Kolleginnen und Kollegen engagieren können, hat der Gesetzgeber ihnen einen besonderen Kündigungsschutz eingeräumt. Die ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen, wenn nicht der ganze Betrieb oder Betriebsteile stillgelegt werden. Medienhäuser mit mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern (mindestens 18 Jahre alt und seit mindestens drei Monaten im Betrieb tätig) können einen Betriebsrat gründen. Der DJV in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein steht angehenden Wahlvorständen und Betriebsräten beratend zur Verfügung. Wer in den Betriebsrat gewählt wurde, hat einen Anspruch auf Schulung, die vom Arbeitgeber bezahlt wird. Der DJV organisiert Seminare für Betriebsräte, unter <http://bit.ly/2ADnYJs> sind weitere Informationen über Wahlen und Schulungen abrufbar.

Claudia Piuntek

Norddeutsche Erfolge in Würzburg



Fotos: Ibrahim Ot

Anfang November haben sich die Delegierten des DJV zum Bundesverbandstag (BVT) getroffen und über die Zukunft des Verbands und die aktuellen medienpolitischen Probleme diskutiert.

Die Medienfreiheit in Ost- und Südosteuropa war eines der zentralen Themen. In einer Resolution weist der BVT auf die Grundrechtecharta der EU hin und verlangt mit Nachdruck, dass die Presse frei von staatlichen Drangsalierungen bleibt, wie sie zur Zeit leider unter anderem in Ungarn und Polen zu beobachten sind. Auch Bewerber um eine EU-Mitgliedschaft müssten die Meinungsfreiheit hochhalten. Ebenfalls auf europäischer Ebene wird mehr soziale Gerechtigkeit gefordert. Unabhängigen Journalismus könne es nur geben, wenn die Arbeits- und Einkommensbedingungen von Journalistinnen und Journalisten in der gesamten EU auf ein angemessenes Niveau gehoben werden.

Die über 200 Delegierten stimmten auch über die Anträge der norddeutschen Landesverbände ab. So hat es Bremen in die Wege geleitet, dass der neu gewählte Bundesvorstand Initiativen ergreifen soll, um die Abschaffung des Tendenzschutzes herbeizuführen. Das

veraltete Gesetz würde heute nicht mehr genutzt, um die politische Meinungsfreiheit der Verlage zu schützen. Die rein wirtschaftlichen Interessen würden lediglich die Betriebsräte in ihren Mitbestimmungsrechten klein halten. Deswegen sei es dringend nötig, hier eine gesetzliche Korrektur vorzunehmen.

Der Landesverband Hamburg beschäftigt sich schon länger mit dem Thema Algorithmen im Journalismus. Dabei geht es sowohl um die konkrete Sorge, dass ein Programm eine journalistische Stelle ersetzen könnte, als auch um die weiterführende Frage, was diese Entwicklung mit dem Vertrauen in die Medien macht. In der Fassung des Fachausschusses Zukunft haben es die Hamburger erreicht, dass aktiv für eine Kennzeichnungspflicht dieser automatisierten Inhalte geworben werden soll.

In diesem Wahljahr wurde Frank Überall (Freier Journalist) als Vorsitzender bestätigt, ebenso seine Stellvertreter Kathrin Konyen (Freie Journalistin) und Wolfgang Grebenhof (Zeitungsredakteur). Die norddeutschen Verbände sind weiterhin mit dem Hamburger Redakteur Peter Jebens als Beisitzer im Bundesvorstand gut vertreten.

Angela Ötscher

DJV Schleswig-Holstein

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir laden Sie und Euch herzlich ein zur Mitgliederversammlung

am Mittwoch, 18. April 2018, um 19.30 Uhr im Wissenschaftszentrum, Fraunhoferstraße 13 in 24118 Kiel.

Anträge an die Mitgliederversammlung können laut unserer Satzung von jedem stimmberechtigten Mitglied bis zwei Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung schriftlich beim Vorstand eingereicht werden (in der Regel über die Geschäftsstelle).

Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Berichte des Vorsitzenden, der Schatzmeisterin und der Kassenprüfer
3. Aussprache zu TOP 2
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahl der Mitglieder des Vorstands
6. Anträge: Beratung und Beschlussfassung über den Jahreswirtschaftsplan 2018 und weitere Anträge
7. Mitteilungen und Verschiedenes

Wir freuen uns auf Ihr und Euer Kommen! Mit besten kollegialen Grüßen

Arnold Petersen (Vorsitzender)

Aufruf Hilfe für Journalisten im Exil

Bis vor einem guten Jahr war Ramis Kilicarslan, Mitglied im DJV Hamburg und Vertreter des Beirats, Norddeutschland-Korrespondent im Hamburger Büro der türkischen Zeitung Zaman. Die Zeitung stellte ihren Betrieb in Deutschland zum 30. November 2016 ein – die Zahl der Abonnenten war nach dem Putschversuch in der Türkei massiv gesunken, nachdem Abonnenten der regierungskritischen Zeitung bedroht worden waren. Kilicarslan, der seine Arbeit verloren hat, will nun Journalisten helfen, die in Deutschland im Exil sind. Um ein durchsetzungsfähiges Netzwerk an Medienmachern aufzubauen, die in Deutschland Unterschlupf gefunden haben, bittet er um Zuschriften und um die Mithilfe von Kolleginnen und Kollegen, Exiljournalisten über das neue Netzwerk zu informieren. Ramis Kilicarslan: „Gemeinsam können wir unsere Interessen bündeln und verbreiten, deshalb bitte ich um Zuschriften an die E-Mail-Adresse exiljournalisten@web.de.“



Ramis Kilicarslan (hier auf dem Bundesverbandstag in Würzburg) macht sich für ein Netzwerk von Exiljournalisten stark

red

Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein

„Unabhängigkeit ist ganz wichtig“

Ein Gespräch mit Lothar Hay, Vorsitzender des Medienrats der Medienanstalt MA HSH Hamburg/Schleswig-Holstein, und seiner neuen Stellvertreterin Marina Friedt.

Seit fast elf Jahren gibt es die gemeinsame Medienanstalt der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Warum diese Fusion?

Hay: Das war 2005 ein Anliegen der großen Koalition in Schleswig-Holstein, von CDU und SPD, damit es zu mehr Zusammenarbeit mit Hamburg kommen sollte. Dabei ist u.a. der Medienbereich ausgeguckt worden. Im März 2007 gab es dann die Fusion der beiden Medienanstalten – die einzige in der Bundesrepublik.

Friedt: Aber eigentlich war es eine Sparmaßnahme.

Wird bei den finanziellen Förderungen aufgliedert zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein?

Hay: Das war bis Ende April noch der Fall. Beim Thema Medienkompetenzförderung hat man darauf geachtet, dass sowohl Hamburg als auch Schleswig-Holstein den

gleichen finanziellen Anteil bekommen. Doch seitdem uns das durch die letzte Novellierung des Staatsvertrages weggenommen wurde, haben wir darauf nicht mehr zu achten.

Sie beklagen, dass Ihnen der Förderzuschuss von 300.000 Euro gestrichen wird. Wie sieht jetzt die Zukunft aus?

Hay: Medienkompetenzförderung findet bei uns nicht mehr statt. Wir geben aber Scout heraus, unser Magazin für Lehrer, Eltern und Großeltern. Stattdessen unterstützen wir jetzt die nichtkommerziellen Lokalradios von Hamburg und Schleswig-Holstein finanziell. Davon gibt es zwei in Hamburg – Freies Sender Kombinat FSK und Hamburger Lokalradio – und zwei in Gründung befindliche in Schleswig-Holstein, Freies Radio Neumünster und Freies Radio Flensburg.

Friedt: Wir sind die einzige Medienanstalt in der gesamten Bundesrepublik, die keine Medienkompetenzförderung mehr machen kann.

Wir hatten schon den kleinsten Etat von allen Landesmedienanstalten, und der ist uns jetzt auch noch gestrichen worden. Das halten wir für ein ganz falsches politisches Signal.

Wie definieren Sie die Aufgaben der Medienanstalt? Wie lauten ihre Befugnisse und was umfasst der Zuständigkeitsbereich?

Hay: Die Medienanstalt ist zuständig für die Programmaufsicht der privaten Radio- und Fernsehsender, die von uns eine Lizenz bekommen haben. Das sind die Regionalfensterprogramme von SAT.1 und RTL sowie Hamburg 1, außerdem sämtliche privaten Radiosender in Hamburg und Schleswig-Holstein wie RSH und Radio Hamburg.

Friedt: Wir kontrollieren Fernsehen, Radio und Telemedien, also alles, was bei den Privaten über den Sender läuft und sichten, ob ein Fall vorliegt, der zu ahnden ist. Wie im letzten Jahr „Flying Uwe“ – ein Selfmade-



Der Medienrat

als Beschlussorgan der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) setzt sich aus jeweils sieben Mitgliedern zusammen, die in Hamburg durch die Bürgerschaft und in Schleswig-Holstein durch den Landtag gewählt werden. Jedes Land muss einen Volljuristen stellen. Auch die Ausgewogenheit der Geschlechter muss bei der Wahl garantiert sein. Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.

man, der auf YouTube in seiner Produktwerbung Präparate zum Muskelaufbau verkauft, dies aber nicht als Werbung deklariert hatte. Er bekam dann auch eine Strafe von ein paar tausend Euro...

Hay: ...die wir ihm letztendlich erlassen haben, weil er zum Schluss einsichtig war. Wenn z.B. mit Hate Speech auf Facebook zum Völkerhass aufgerufen wird, dann wird durch den Medienrat die Anstalt beauftragt, sich dieses Themas zu bemächtigen. Wir hatten jetzt gerade vor Kurzem das Thema Kommando XY, eine rechtsradikale Musikgruppe mit einem Musikvideo, in dem der Völkermord an den Juden verhöhnt wird. Trotz vielfacher Beschwerden ist es bis vor Kurzem immer noch zu sehen gewesen. Wenn eine Privatperson die Löschung beantragt, dann kann sie lange darauf warten. Wenn die Medienanstalt an YouTube herantritt, reagieren die ziemlich schnell, weil sie Angst haben, dass sonst das Ganze publik gemacht wird und zur Negativwerbung beiträgt.

Können Sie noch weitere Beispiele nennen, wann die Medienanstalt einschreitet?

Friedt: Scripted Reality ist neben der Trennung zwischen Redaktion und Werbung ein Thema, das wir in den letzten zwei Jahren eingebracht haben. Lothar Hay hat versucht, auf Bundesebene bei der Gremiovorsitzendenkonferenz das Thema einzubringen und mit den privaten Fernsehbetreibern vereinbart, wie oft gekennzeichnet werden muss, dass es sich nicht um Dokumentationen handelt, sondern um erfundene Geschichten.

Die Medienanstalt beobachtet auch das digitale Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Kann man Jugendliche, die den Erwachsenen digital in der Regel um Längen voraus sind, überhaupt dabei beeinflussen?

Hay: Wir versuchen, in unserem Magazin Scout zum kritischen Umgang mit dem Internet aufzurufen. Das betrifft auch die sozialen Medien wie Facebook, YouTube, Whatsapp, Instagram. Wir sagen: „Das ist ein ganz tolles Medium, was ihr habt, aber das Internet vergisst nichts, und alles, was ihr da von Euch selbst reinstellt, ist im Regelfall nie wieder wegzukriegen. Das kann euch in Zukunft erheblich belasten.“ Ein Ansatz bei der Medienkompetenz ist auch, dass man die Eltern mit einbindet, weil sie in der Tat meilenweit hinterherhinken.

Finden Sie, dass der Gesetzgeber genug tut?

Hay: Das, was jetzt als Gesetz verabschiedet wurde, ist ein erster Schritt, aber er veranlasst ja immer noch nicht die Eigenverantwortung von Facebook, YouTube, Twitter, Google und weiteren. Es wird damit begründet, dass solche riesigen Datenmengen jeden Tag dort eingestellt werden und das Ganze somit nicht funktionieren kann. Auf der anderen Seite wird z.B. das Foto des nackten Mädchens im Vietnamkrieg als Pornografie entfernt. Da stellt sich die Frage: Wo beginnt die Pressefreiheit, wo ist das ein Eingriff? Das ist eine zweiseitige Geschichte. Ich bin der Meinung, dass Facebook und die anderen Intermediären zu lasch damit umgehen, indem sie sagen: „Wir stellen nur die Plattform zur Verfügung, sind aber nicht verantwortlich dafür.“ Es ist in vielen Fällen ein gesetzestruer Bereich, und es ist Aufgabe der Medienanstalten, gegen jegliche Verstöße vorzugehen.

Der Medienrat übernimmt also auch bei Facebook & Co. die Funktion des Kontrollmechanismus?

Hay: In besonders gravierenden Fällen gehen wir mit einer Presseinformation an die Öffentlichkeit, da die Unternehmen nichts so sehr fürchten wie eine negative Berichterstattung, die sofort bei den Werbekunden einschlägt. Aber es wird noch ein langer Prozess sein, bis wir es soweit hinkriegen, dass dies keine rechtsfreien Räume sind, sondern dass auch die staatlichen Gesetze gelten. Ich gehe mal davon aus, dass das Ganze einer besseren Regelung zugeführt wird durch die Novellierung der AVMD-Richtlinie (Anmerkung der Redaktion: Audiovisuelle Mediendienste-Richtlinie), die vom Europaparlament noch verabschiedet werden muss. Im öffentlich-rechtlichen Bereich gibt es eigene Jugendschutzbeauftragte. Im privaten Bereich müssen die Sendungen zur Einstufung der freiwilligen Selbstkontrolle vorgelegt werden. Wenn die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) einen Vermerk gibt: „Freigegeben ab 12 Jahren“, dann haben wir keine Möglichkeit mehr, dagegen vorzugehen. Es sei denn, wir sind der Meinung, hier hat die FSF versagt, dann kann die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) entscheiden.

Welche Möglichkeiten hat man als Privatperson, sich über eine Sendung zu beschweren?

Friedt: So wie Privatpersonen sich bei Print

und Online an den Presserat wenden, ist bei privatem Radio und Fernsehen der Medienrat zuständig, wenn ein Thema auffällt, das anscheinend bedenklich, strafwürdig oder jugendgefährdend ist.

Wie können Sie politische Einflussnahme verhindern?

Hay: Wir sind unabhängig, und wir haben uns im Medienrat schon mit der Kieler Staatskanzlei und dem Medienbeauftragten in Hamburg angelegt. Die Unabhängigkeit ist ganz wichtig. Die Politik soll sich raushalten. Man sieht's am besten am Beispiel ZDF und ARD, dass der politische Anschluss viel zu stark ist und nicht unbedingt förderlich.

Zwar will YouTube 10.000 Prüfer engagieren, die mit menschlichem Auge Maschinen trainieren, um Gewalt- und Terrorvideos zu scannen. Trotzdem: Wird die Messlatte der Akzeptanz vonseiten der Kontrollinstanzen nicht immer tiefer gelegt?

Hay: Was den Jugendmedienschutz betrifft, habe ich diesen Eindruck in der Tat. Die letzten Gespräche, die es auf Bundesebene darüber gegeben hat, strengere Maßstäbe anzulegen, hatten wieder das Problem der 16 Bundesländer mit unterschiedlichen Auffassungen. Letztlich kommt dann meistens ein Kompromiss raus.

Friedt: Aber gemeinsam sind wir eben stärker.

Das Doppel-Interview führte Dagmar Gehm.

Medienrat-Vorsitz



Lothar Hay (67), gebürtiger nordfriesischer Sturkopp, ehemaliger Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, ehemaliger SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender und Grund- und Hauptschullehrer in Süderbrarup und Flensburg.



Marina Friedt (53), gebürtige Hunsrückerin, Vorsitzende des DJV Hamburg, Diplom-Agrarwissenschaftlerin, arbeitet seit 25 Jahren als freie Fachjournalistin für Umwelt und Autorin in Hamburg.

Aktueller Rechtsfall BGH-Richter stärken Auskunftsanspruch von Journalisten



Collage: Rainer Miersmann

Wenn Behörden und Personen des Privatrechts nichts sagen wollen...

Auch wenn der Bundestag mit der Regelung eines presserechtlichen Auskunftsanspruchs auf Bundesebene nach dem Vorbild der Landespressegesetze noch immer nicht weitergekommen ist, so hat doch der Bundesgerichtshof (BGH) jüngst eine für Journalistinnen und Journalisten sehr erfreuliche Entscheidung getroffen. In dem Verfahren ging es um die Reichweite des presserechtlichen Auskunftsanspruches gemäß Paragraph 4 des Landespressegesetzes Nordrhein-Westfalen (LPresG NW). Dieser Paragraph regelt die Auskunftspflicht von Behörden. Wörtlich heißt es dort in Absatz 1: „Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen.“

Ein Tageszeitungsredakteur hatte an einem Beitrag über die Wahlkampffinanzierung des damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück recherchiert und in diesem Zusammenhang konkrete Anfragen an eine Aktiengesellschaft gerichtet, die Dienstleistungen im Bereich der Wasser- und Energieversorgung bzw. der Abwasserentsorgung erbringt. Die Auskünfte der AG hielt der Redakteur für nicht hinreichend und erhob Klage, mit der sich nun der BGH in letzter Instanz zu befassen hatte.

Das höchste deutsche Zivilgericht festigte mit seinem Urteil seinen weiten – funktionalen – Behördenbegriff. Daher kann ein presserechtlicher Auskunftsanspruch nach den Landespressegesetzen nicht nur gegen staatliche Behörden, sondern auch gegen juristische Personen des Privatrechts geltend gemacht werden. Darunter fallen Aktiengesellschaften, aber auch beispielsweise Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Voraussetzung ist allerdings, dass die juristischen Personen des Privatrechts staatlich beherrscht werden und auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge tätig sind.

Mit der Entscheidung bestätigt der BGH seine bisherige Rechtsprechung. Das Urteil ist auch deshalb so erfreulich, weil der BGH die Möglichkeit der Behörden, Auskünfte unter Verweis auf Geheimhaltungsvorschriften zu verweigern, einengend auslegt (BGH Urteil v. 16.03.2017 Az: I ZR 13/16).

Stefan Endter

Redakteure ziehen vor Gericht

Klagen gegen Weser-Kurier

Die gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Redaktion und der Bremer Tageszeitungen AG (BTAG) gehen in die nächste Runde.

Der DJV Bremen unterstützt die Redakteurinnen und Redakteure auch bei ihren Klagen vor dem Landesarbeitsgericht. Hintergrund ist, dass die BTAG, Herausgeberin von Weser-Kurier und Bremer Nachrichten, seit Mitte 2016 keine tarifliche Gehaltserhöhung mehr gezahlt hat.

Allein rund 25 Redakteurinnen und Redakteure im DJV waren daraufhin vor das Arbeitsgericht gezogen. Die meisten der Klagen wurden dort zwar bislang abgewiesen, doch sieht der DJV die Begründungen der Redakteurinnen und Redakteure für die weitere Bezahlung nach Tarif nicht korrekt ausgelegt und rief daher das Landesarbeitsgericht an. Die Klageschrift gegen die BTAG ist inzwischen eingereicht.

Als Argument dient dem BTAG-Vorstand nach Angaben von Betroffenen, dass der Verlag bereits seit 2005 ohne Tarifbindung sei. Allerdings: Bis 2016 hat die BTAG jede Änderung in den Tarifverträgen an ihre Redakteurinnen und Redakteure weitergegeben – sowohl die zuletzt minimalen Gehaltserhöhungen als auch Kürzungen bei Urlaubstagen, Jahresleistung und Urlaubsgeld. Für die Redak-

teurinnen und Redakteure durfte dies als selbstverständlich und rechtlich korrekt gelten, da sie in ihren Arbeitsverträgen Verweise auf die Tarifverträge haben.

Wie aus Belegschaftskreisen verlautet, ist die BTAG mit einer Vielzahl von Klagen vor den Arbeitsgerichten überzogen worden – denn nicht nur den Redakteurinnen und Redakteuren ist die Einkommenserhöhung unberechtigt verweigert worden, sondern auch allen tariflich beschäftigten Druckhausbeschäftigten sowie den kaufmännischen Angestellten im Pressehaus. Noch immer laufen Prozesse vor dem Bremer Arbeitsgericht. Zwar spricht die Arbeitgeberseite dort häufiger vom Willen zu einer „gütlichen Einigung“, doch hat der Betriebsrat bislang in dieser Richtung nichts feststellen können. Im Gegenteil: Bei Klagen vor dem Arbeitsgericht, die die BTAG in dieser Sache verloren hat, hat der Arbeitgeber ebenfalls Berufung eingelegt.

Der DJV wird die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in der Redaktion in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat der Bremer Tageszeitungen AG angemessen vertreten. red



Foto: Michael Bahlo

Macher zwischen den Welten von Usern und Lesern

„Der Beruf ist stressiger geworden“

Mit Marcel Auermann (40) ist ein gebürtiger Schwabe als stellvertretender Chefredakteur des Weser-Kurier und Head of Digital in Bremen angetreten. Zum Mittagsgespräch im Café wählt er Salat und Mineralwasser, daheim kocht er „leidenschaftlich gern“. Die Veränderungen im Journalismus findet er „nicht belastend, sondern spannend“.

Marcel Auermann ist seit 1. Oktober stellvertretender Chefredakteur des Weser-Kuriers. Seine neue Wohnung in der Bremer Neustadt hat er aber schon einen Monat früher bezogen – heilfroh, „eine richtig schöne“ gefunden zu haben. Der Umzug war notwendig geworden, weil sein Lebensmittelpunkt in den vergangenen vier Jahren zwar ebenfalls im Norden, aber etwas weiter östlich lag: in Mecklenburg-Vorpommern. Dort arbeitete Auermann – ebenfalls in Führungsverantwortung – als Mitglied der Chefredaktion des Nordkurier.

Gestalten, Entscheidungen treffen, Teams leiten: Das tut der 40-Jährige – einmal abgesehen natürlich vom Schreiben – „leidenschaftlich gern“. Dass er sich rasch entscheiden kann, beweist er schon mal beim Mittagstreff im Café: ein kurzer Blick in die Karte genügt, um den Bauernsalat auszuwählen. Abends und am Wochenende koche er dann aber gern selbst, Auermann bezeichnet sich als „leidenschaftlichen Koch“. Deshalb habe er bei der Wohnungssuche auch „auf eine tolle Küche“ geachtet. „Die muss so angelegt sein, dass sie groß genug ist zum Kochen und zugleich offen zum Wohnraum, damit ich beim Kochen mit meinen Gästen in Kontakt bleiben kann.“

So ähnlich möchte er es tagsüber auch in der Redaktion halten: eine Führungsrolle innehaben und trotzdem Teamplayer sein. In seiner neuen Leitungsrolle will er deshalb nicht nur managen und organisieren, sondern auch möglichst viel schreiben. „Das Schreiben ist enorm wichtig, sonst verliert man den Kontakt zu den Lesern beziehungsweise Usern.“ Auermann legt großen Wert auf eine Differenzierung in Online- und Print-Leser: User und Leser. Letztlich gehörten aber beide „Welten“ zusammen. Das liege vielleicht auch daran, dass er beide Welten miterlebt hat: Die Zeit, als das Blattmachen noch mit Typometer auf Papier erfolgte, und die, in der Userklicks sekundenschnell anzeigen, welche Texte „durch die Decke gehen“ oder nicht so gut ankommen.

Beim Weser-Kurier ist Auermann auch Head of Digital, aber er will nicht nur der Mann fürs Digitale sein: „Die Mischung macht’s!“ Auch heute noch genieße er den Duft der frisch gedruckten Zeitung, wenn er sie morgens aus dem Briefkasten zieht. Altes und Neues gehören für ihn zusammen,



Foto: Birgitta vom Lehn

Schreiben ist wichtig, sonst verliert man den Kontakt zu den Lesern und Usern.

sind Freunde, keine Feinde. Allerdings sei der Beruf neben den vielen positiven Veränderungen und neuen Möglichkeiten „schon stressiger“ geworden. „Man muss sehr flexibel sein, die sozialen Medien bedienen und sich mit Technik auskennen.“ Diesen hohen Anforderungen stehe eine sinkende Qualität der Volontariats-Bewerber gegenüber. Darüber klagten fast alle Redaktionen, sagt Auermann. Der Beruf des Journalisten sei vielen jungen Leuten heute nicht mehr attraktiv genug: „Man legt viel Wert auf Sicherheit und Work Life Balance. Beides verträgt sich aber nicht oder nur schlecht mit unserem Beruf.“

Für Auermann zählt im Journalismus neben Talent vor allem das Selbermachen. Seine eigene Biografie ist dafür ein beredtes Beispiel, denn ein Hochschulzeugnis hat der gebürtige Stuttgarter nicht in der Tasche, dafür ein paar Praxisjahre mehr als andere. „Ich hatte gerade mit dem Studium der Theaterwissenschaft und Germanistik in Köln begonnen, als die Zusage für ein Volontariat bei der Heilbronner Stimme

kam. Das war damals wie ein Sechser im Lotto, deshalb habe ich schon im ersten Semester mein Studium abgebrochen.“

Dabei wurde dem Einzelkind das Schreiben nicht in die Wiege gelegt: Der Vater arbeitete als Systemanalytiker für ein großes Autohaus, die Mutter im Steuerbüro. „Geprägt hat mich unsere Tageszeitung, die regelmäßig ins Haus kam. Nachrichten begannen mich zu faszinieren.“ Als Schüler der achten, neunten Klasse machte Auermann seine ersten journalistischen Gehversuche. „Wenn die anderen am Wochenende feiern gingen, besuchte ich lokale Veranstaltungen und schrieb darüber.“ Besonders ein Termin habe ihn zu der Zeit nachhaltig geprägt: Ein Blick hinter die Kulissen des Musicals „Miss Saigon“, dessen deutschsprachige Erstaufführung am 2. Dezember 1994 in Stuttgart stattfand. „Diese Recherche legte den Grundstein für meine Musicalbegeisterung.“

Ein Durchbruch auf dem Weg zum späteren Beruf war ein Schülerwettbewerb der Stuttgarter Nachrichten: „Ich sollte über eine Theateraufführung schreiben, und da hatte ich wohl den Nagel auf den Kopf getroffen.“ Der Gewinner durfte seinen Text in der Zeitung lesen und wurde in den Kreis der festen Mitarbeiter aufgenommen. „Das war unglaublich: Ich schlug die Zeitung auf, und mein Text war drin.“ Die Begeisterung darüber ist bei ihm noch heute spürbar.

„Ich bin ein sehr emotionaler Mensch“, gesteht Auermann. Andererseits bekämen Journalisten ja auch so viel Schlimmes mit, dass man tatsächlich gegen Vieles abstumpfe. Auf ein Erlebnis werde dies bei ihm nie zutreffen, auf den 11. September 2001, den er zufällig in New York verbrachte. Zum zehnten Jahrestag konnte man seine packenden persönlichen Erinnerungen unter der Überschrift „Bilder, die für immer bleiben“ in mehreren süddeutschen Zeitungen lesen. Sein Bauchgefühl spielte auch beim aktuellen Wechsel in die Hansestadt eine Rolle: „Ich war vorher nur einmal in Bremen, hatte da den Schlachte-Zauber erlebt. Deshalb habe ich nicht gezögert, als die Anfrage vom Weser-Kurier kam.“ Die Bremer seien „supertoll und sympathisch“ und er habe sich im Kollegenkreis „sofort gut aufgehoben“ gefühlt.

Birgitta vom Lehn



Podiumsdiskussion auf Kampnagel

Medien und AfD: Ein komplexes Thema

„Sind die Medien mit schuld am Aufstieg der AfD?“ Diese Frage beschäftigte Ende November ein hochrangig besetztes Podium im Hamburger Kulturzentrum Kampnagel. Eingeladen hatten das Hamburger Kulturforum und der DJV Hamburg. In der Diskussion sorgten Rainer Burchardt (freier Journalist und ehemaliger Deutschlandfunk-Chefredakteur), Luc Jochimsen (ehemalige HR-Chefredakteurin und Politikerin), Mariam Lau (politische Korrespondentin im Zeit-Hauptstadtbüro), Cordula Meyer (Leiterin des Deutschlandressorts des Spiegel) und Volker Lilienthal (Inhaber der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für die Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg) für unterschiedliche Perspektiven. Die Moderation übernahm die Vorsitzende des Kulturforums, Cornelia Sonntag-Wolgast. In seinem Einführungsstatement wies der Hamburger DJV-Geschäftsführer Stefan Endter darauf hin, dass Journalistinnen und Journalisten die AfD nicht ignorieren könnten. Bei einer Partei, die bewusst auf

Tabubruch setze, sei Aufregungsjournalismus aber der falsche Weg. Vielmehr müssten die Medien mit Blick auf die AfD prüfen, was relevant ist, nüchtern vermelden, einordnen und auf den Wahrheitsgehalt überprüfen. In der Diskussion vertrat Burchardt die Auffassung, dass die AfD die Medien instrumentalisiert habe. Cordula Meyer wies darauf hin, dass sich der Diskurs unter den AfD-Anhängern jenseits journalistischer Plattformen in den sozialen Medien abspiele. Mariam Lau sagte, dass man es vielfach mit Bewertungen und Meinungen zu tun habe, die der Aufklärung mit Hilfe von Fakten nicht zugänglich seien. Luc Jochimsen betonte auf Kampnagel, dass Redaktionen und Journalisten nicht genug Zeit für ihre Arbeit zur Verfügung stehe. Lilienthal sprach sich dafür aus, auch zu thematisieren, dass in Sprache Gewalt stecke. Der Wissenschaftler nannte als Beispiel die Angriffe des AfD-Funktionärs Gauland gegen die Hamburger Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin im Kanzleramt, Aydan Özoğuz. red

Auf dem Podium in Hamburg „Biodeutsch“ oder Ausländer? Medien, Migranten und subtile Diskriminierung

Es war bereits die zweite gemeinsame Veranstaltung der Evangelischen Akademie und des DJV Hamburg zu einem brisanten Thema, das dann auch erwartungsgemäß kontrovers diskutiert wurde. Nach einer Begrüßung und Einführung durch den Hamburger DJV-Geschäftsführer Stefan Endter hatten die Podiumsgäste Uwe Vetterick, Chefredakteur der Sächsischen Zeitung in Dresden, deren Konzept es ist, die Nationalität der Protagonisten immer konsequent zu nennen, sowie der Geschäftsführer des Deutschen Presserats, Lutz Tillmanns, zunächst Gelegenheit, ihre jeweiligen Positionen zu diesem Thema ausführlich einzeln darzustellen. Der dritte geladene Gast, Prof. Dr. Georg Ruhrmann von der Universität Jena, saß wegen eines Unwetters im ICE fest. Nach den Kurzvorträgen diskutierten Vetterick und Tillmanns, moderiert vom Initiator der Veranstaltung Jürgen Heilig, miteinander und dem Publikum. Heilig ist Studienleiter der Evangelischen Akademie der Nordkirche.



Befragt von Jürgen Heilig, legten Uwe Vetterick, Chefredakteur der Sächsischen Zeitung und Lutz Tillmanns vom Presserat ihre Positionen dar

Nicht nur die beiden Podiumsgäste bewerteten und praktizierten den Umgang mit Ziffer 12 des Pressekodex' unterschiedlich, auch die Kolleginnen und Kollegen im Publikum waren sich bei der Beurteilung, ob insbesondere die Nationalität bei der Berichterstattung genannt und eine Rolle spielen sollte, bis zum Schluss uneins. Genau dieser Dissens zeigt, wie wichtig die Thematisierung und stetige Überprüfung des Sprachgebrauchs vor allem in den Medien ist.

DJV-Geschäftsführer Stefan Endter unterstrich im Schlusswort die Bedeutung des Presserates als Organ der freiwilligen Selbstkontrolle. Wer Diskriminierung vermeiden wolle, dürfe die Diskussion nicht auf die Frage verengen, ob die Nennung der Nationalität eines mutmaßlichen Straftäters zulässig sei oder nicht. Es komme vielmehr darauf an, zu recherchieren, einzuordnen und Zusammenhänge herzustellen.

Renata Green

Seminar in Kiel

Mitfeiern bei der großen Party im Netz

Fotos, Klatsch und berührende Geschichten – die sozialen Netzwerke sind wie eine Party, auf der hinter jeder Tür neue Gesprächspartner warten. Bei einem Seminar des DJV Schleswig-Holstein in Kiel erklärte der Journalist und Trainer Bernhard Lill, wie sich Facebook, Twitter oder Snapchat journalistisch nutzen lassen, welcher Auftritt Neugierige auf die eigene Website bringt oder was nützt, um die eigene Marke bekannter zu machen. Mit dabei waren zwölf Journalistinnen und Journalisten, teils freiberuflich, teils bei Medien oder in Pressestellen tätig.

Die wichtigste Regel: ausprobieren. Nicht für jeden Zweck ist jedes soziale Netzwerk geeignet. Twitter etwa ist schnell, erreicht aber nur bestimmte Zielgruppen. Facebook ist – neben Whatsapp – immer noch das meistgenutzte Netzwerk in Deutschland. „Aber Vorsicht, man baut nicht auf eigenem Grund“, warnte Lill. Facebooks Algorithmus ist auch für Profi-Nutzer un-

durchschaubar, so dass der Absender kaum steuern kann, wann welchen Ziel- oder „Dialoggruppen“ die Posts zugespielt werden. Dialog ist dabei wörtlich gemeint: „Mit dem Post beginnt die Arbeit erst. Social-Media-Kanäle professionell zu bedienen, lässt sich nicht nebenbei machen“, betonte Lill.

Gleichzeitig warb er dafür, die neuen Techniken kreativ zu nutzen und multimediale Angebote einzusetzen. Das Interesse am Thema hatte der DJV SH zuvor per Umfrage unter seinen Mitgliedern ermittelt. Nach der guten Resonanz sollen weitere Angebote folgen.

Esther Geißlinger



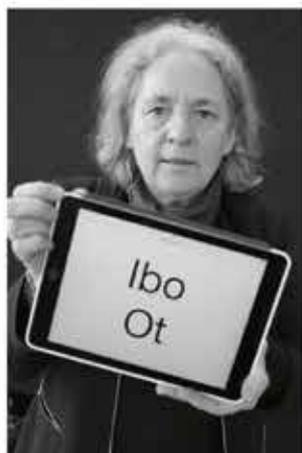
Foto: Esther Geißlinger



§ 13



Fotografen haben Namen.



Damit der Name des Fotografen klar ist: Die fotografierten Fotojournalisten halten Schilder mit den Namen der Fotojournalisten, von denen sie fotografiert wurden.

Komposition: Christina Czybik

